

05.04.2022

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Beste Bildung im 21. Jahrhundert konsequent fortsetzen

zu dem Antrag „**Bildung für das 21. Jahrhundert – Aus der Pandemie lernen – Bildung endlich konsequent neu denken**“

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/16268
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildung
Drucksache 17/16948

I. Ausgangslage

Bildungsgerechtigkeit

Ungleiches ist oftmals gezielt ungleich zu behandeln und die konkrete Begebenheiten vor Ort müssen berücksichtigt werden. Schulen mit besonderen standortbezogenen sozialen Herausforderungen haben daher in der 17. Legislaturperiode durch das Handeln der NRW-Koalition aus CDU und FDP wertvolle Unterstützung erfahren. Die NRW-Koalition hat mit dem schulscharfen Sozialindex ein wichtiges Instrument eingeführt und angewendet, um Ressourcen zielgenau zu verteilen. Für das Schuljahr 2021/22 sind in einem ersten Schritt bereits rund 5.300 Stellen unter Berücksichtigung des Schulsozialindex zugewiesen worden. Im Konkreten sprechen wir von Stellen gegen Unterrichtsausfall, für Vertretungsaufgaben und besondere Förderaufgaben, Stellen für den Ausgleich von Unterrichtsmehrbedarf, für durchgängige Sprachbildung, Sprachförderung (Integrationsstellen) sowie Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase. Auch perspektivisch sollen Stellen und Ressourcen mithilfe des schulscharfen Sozialindex verteilt und so das Maß an Bildungsgerechtigkeit weiter gesteigert werden.

Die NRW-Koalition hat die Schulsozialarbeit im Landeshaushalt abgesichert und sie darüber hinaus auch um weitere 10 Millionen Euro und damit um über 20 Prozent erhöht, so dass hierfür nunmehr Landesmittel in Höhe von 57,7 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Der von der NRW-Koalition durchgeführte Schulversuch „Talentschule“ hat sich eindeutig bewährt: Bereits 60 Talentschulen mit sehr guter Ausstattung konnte die Landesregierung gezielt dort einrichten, wo die Hürden und Herausforderungen zur Schaffung von Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler besonders groß sind. Besondere

Datum des Originals: 05.04.2022/Ausgegeben: 05.04.2022

Förderung erfahren die Talentschulen mit mehr Personal, zusätzlichem Fortbildungsbudget und durch die Begleitung speziell qualifizierter Schulentwicklungsberaterinnen und -berater.

Familiengrundschulzentren sind ein weiterer wichtiger Baustein, gerechtere Bildungschancen in unserem Land zu ermöglichen. Mit den bislang 40 eingerichteten Familiengrundschulzentren stärkt die NRW-Koalition in Quartieren mit besonderen Bedarfen die Teilhabe an Bildung für Schülerinnen und Schüler und ihre Familien. Durch das Zusammenspiel von Schule, Jugendhilfe und sozialen Diensten soll der Zugang etwa zu Sprachförderung, Beratung in Gesundheitsfragen sowie zu kulturellen Angeboten erleichtert werden. Der Bildungsort Grundschule öffnet sich so als Anlaufstelle für die ganze Familie und das ganze Quartier.

Bildungsgerechtigkeit muss gerade auch bei Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf sichergestellt werden. Wir wollen, dass jedes Kind die Unterstützung und Förderung erfährt, die es benötigt. Wir sichern hierbei echte Wahlfreiheit des Förderortes durch die Eltern. Nach der Übernahme chaotischer Zustände haben wir zunächst unsere Förderschulen gerettet und das Inklusionsvorhaben in einen geordneten Prozess überführt. Unser Anliegen war und ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, um eine erfolgreiche Inklusionspolitik für alle Beteiligten zu gestalten.

Die NRW-Koalition aus CDU und FDP konnte bereits viele Versäumnisse der Vorgängerregierung ausräumen. Mit der realistischen Steuerung knapper Ressourcen, dem Erhalt der Förderschulen und der Einführung von Qualitätsstandards wurde Vertrauen in den Inklusionsprozess sowohl bei Eltern und Schülerinnen und Schülern als auch dem schulischen Personal zurückgewonnen. Im Rahmen der Neuausrichtung der Inklusion wurden unter Regierungsverantwortung von CDU und FDP 1.421 Sek I-/Sek II-Lehrkräfte eingestellt und 1.600 Stellen in der Sek I sowie 400 Stellen für Multiprofessionelle Teams in der Grundschule zur Unterstützung des Gemeinsamen Lernens geschaffen. Darüber hinaus hat Schwarz-Gelb die Förderschulen mit zusätzlichen 250 Stellen für Multiprofessionelle Teams gestärkt. Die NRW-Koalition schafft hiermit ein Fundament, um qualitativ hochwertige Inklusionsangebote unabhängig vom Förderort zu machen, das gegenseitige Ausspielen von Regel- und Förderschulen wurde beendet.

Lehrkräftemangel

Der Lehrkräftemangel ist und bleibt auch weiterhin die größte Herausforderung für die nordrhein-westfälische Bildungspolitik. Durch die jetzige Landesregierung wurden in dieser Legislaturperiode rund 6.300 kw-Vermerke gestrichen und knapp 10.000 zusätzliche Stellen geschaffen. Ebenfalls wurde die von der Vorgängerregierung unterlassene Aktualisierung der Lehrerbedarfsprognose nachgeholt.

Aufgrund des festgestellten Lehrkräftemangels hat die schwarz-gelbe Landesregierung mit insgesamt vier Maßnahmenpaketen unverzüglich gegengesteuert. Die Versäumnisse vieler Jahre sind eine langfristige Aufgabe, der wir entschlossen entgegentreten. Mit strukturellen Maßnahmen und der Ausbildung von zusätzlichen Lehrkräften ist reagiert worden. Mit der Studienplatzoffensive konnten seit Beginn der Legislaturperiode im Grundschullehramt rund 700 neue Studienplätze dauerhaft eingerichtet werden. Für den Bereich Sonderpädagogik sind bereits seit 2018 über 500 weitere Bachelor-Studienplätze geschaffen bzw. gesichert worden. Darüber hinaus hat die NRW-Koalition zwei neue Studienstandorte für das sonderpädagogische Lehramt erschlossen. Zum WS 2022/23 und 2023/24 wird es in Duisburg-Essen und Münster die Möglichkeit für jeweils 120 Bachelorstudierende geben, das Lehramt für sonderpädagogische Förderung zu studieren. Für das Lehramt an Berufskollegs wurden 90 Studienplätze in der Fachrichtung Sozialpädagogik geschaffen – die Zahl der Studienplätze wurde damit verdreifacht.

Seit 2017 hat die Landesregierung über 16.000 Lehrerstellen erhalten und neu geschaffen. Darunter befinden sich mehr als 6.300 von der Vorgängerregierung zur Streichung vorgesehene Stellen, die durch diese Landesregierung gesichert wurden. Neu geschaffen wurden durch diese Landesregierung knapp 10.000 zusätzliche Stellen, die im Landeshaushalt ebenfalls dauerhaft gesichert sind und bis heute über 13.300 Neueinstellungen ermöglicht haben. Auch die Stellen für Schulpsychologie wurden deutlich ausgebaut und bei der Schaffung von Stellen für die Schulverwaltungsassistenz neue Maßstäbe gesetzt. So konnten neben 54 neuen Stellen für Beratungslehrkräfte oder sozialpädagogische Fachkräfte an den schulpsychologischen Beratungsstellen 108 neue Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen im Landesdienst geschaffen werden, gleichzeitig wurden 50 kw-Vermerke der Vorgängerregierung gestrichen und damit auch diese Stellen langfristig für die Schulpsychologie gesichert. Die Zahl der Stellen für die Schulverwaltungsassistenz wurde von zuvor knapp über 200 Stellen durch weitere 614 Stellen rund vervierfacht. Wir erleben dank des schwarz-gelben Gegensteuerns nun Jahr für Jahr eine spürbare Verbesserung im Schulalltag. Die ersten Studienanfängerinnen und -anfänger der neu geschaffenen Studienplätze erwerben ihre Abschlüsse im Jahr 2024, sodass jährlich mehr grundständig ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen können.

Es darf keine Denkverbote bei der Beschreitung neuer Wege geben. CDU und FDP sind der Auffassung, dass vor allem mehr Lehrkräfte wie Sonderpädagoginnen und -pädagogen grundständig ausgebildet werden müssen. Um eine schnelle Wirkung zu erreichen, werden erwartungsgemäß auch weiterhin Sofortmaßnahmen notwendig sein.

Zentrales Ziel ist es, Lehrkräften zu ermöglichen, qualitativ hochwertigen Unterricht zu erteilen und für unsere Schülerinnen und Schüler ansprechbar zu sein. Entlastung von Bürotätigkeiten und administrativen Aufgaben und Unterstützung bei den wichtigen pädagogischen Aufgaben, wie z.B. Inklusion und Integration, bleiben wichtig, um sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Digitalisierung

Der ergänzende Einsatz digitaler Medien im Unterricht muss schnellstmöglich zur Selbstverständlichkeit werden und mit dem gesellschaftlichen Transformationsprozess Schritt halten. Um den Einsatz zeitgemäßer Medien an unseren Schulen überhaupt zu ermöglichen, musste die NRW-Koalition im Jahr 2017 zunächst die digitale Infrastruktur von Grund auf erschließen. Unter der rot-grünen Vorgängerregierung verfügten gerade einmal rund 13 Prozent der Schulen über Highspeed-Internetanschlüsse. Solch ein Highspeed-Internetanschluss ist Grundbedingung für eine gelingende digitale Transformation an unseren Schulen. CDU und FDP arbeiten mit Hochdruck daran, dieses Defizit auszugleichen: So sollen Ende des Jahres 2022 100 Prozent der Schulen in Nordrhein-Westfalen über einen bedarfsgerechten Internetanschluss verfügen.

Mit dem Medienkompetenzrahmen NRW sorgt die Landesregierung zudem dafür, dass digitale Lerninhalte in jedem Fach, fächerübergreifend und in allen wichtigen Facetten der digitalisierten Lebenswelt in den Klassen 5 bis 10 vermittelt werden. Auch in der Lehreraus- und -fortbildung stellen wir sicher, dass Schülerinnen und Schüler kompetent zu einer souveränen und verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien befähigt werden.

Digitalisierung darf jedoch nicht zum Selbstzweck werden. Schule als bedeutungsvoller Sozialraum funktioniert dauerhaft nur in Präsenz. Aber gerade z.B. bei der Beschulung langzeiterkrankter Schülerinnen und Schüler können digitale oder hybride Unterrichtsangebote als Chance genutzt werden, um schulische Teilhabe zu ermöglichen. Mit der Ausstattungsoffensive für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte hat die NRW-Koalition gemeinsam mit dem Bund bereits wichtige Maßstäbe gesetzt, schulische Teilhabe, insbesondere in der Corona-

Pandemie, zu ermöglichen. Als erstes Flächenland hat Nordrhein-Westfalen die Komplettausstattung der Lehrkräfte mit dienstlichen Endgeräten auf den Weg gebracht. Dazu sind den Schulträgern insgesamt rund 103 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden.

Auch die Plattform LOGINEO.NRW ist von der rot-grünen Vorgängerregierung komplett vernachlässigt worden. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat LOGINEO.NRW datenschutzkonform weiterentwickelt, zügig für die Schulen verfügbar gemacht und 36 Millionen Euro für die Erweiterungen (Videokonferenz-, Lernmanagementsystem und Messenger) bereitgestellt. Die NRW-Koalition gibt zudem den Schulen die Freiheit, zwischen bereits eingeführten eigenen Systemen oder LOGINEO.NRW zu wählen.

Mit der Zusatzvereinbarung „Administration“ stehen zusätzlich über 105 Millionen Euro für die Verwaltung schulischer IT-Infrastruktur bereit. So werden die Schulträger bestmöglich beim Auf- und Ausbau professioneller Administrationsstrukturen für ihre Schulen unterstützt. Die NRW-Koalition stellt darüber hinaus 18 Millionen Euro für eine digitale Fortbildungsoffensive bereit. Mit dem Angebot bilden wir Schulleitungen, Lehrkräfte sowie Moderatorinnen und Moderatoren der staatlichen Lehrerfortbildung aus, um die Schülerinnen und Schüler auf ihr Leben in einer digitalisierten Welt vorzubereiten.

Qualität im mehrgliedrigen Schulsystem

Eine aktuelle Studie zur Lesekompetenz bei Grundschulern attestiert Viertklässlern im Jahr 2021 eine „substanziell geringere“ Lesekompetenz im Vergleich zu Viertklässlern im Jahr 2016. Es sind vor allem die Grundschul Kinder, die sowohl durch die Folgen der Pandemie als auch strukturelle Missstände im Schulsystem ganz besonders betroffen sind. Deshalb müssen diese ganz besonders in den Blick genommen werden.

Mit dem Masterplan Grundschule wurden in dieser Legislaturperiode die Prioritäten in den Lehrplänen der Grundschule angepasst. Ein wichtiger Fokus in den ersten Schuljahren liegt jetzt wieder auf dem Erlernen der so wichtigen Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen. Das umstrittene „Lesen durch Schreiben“ (umgangssprachlich „Schreiben nach Gehör“) wurde in Verantwortung von Schulministerin Yvonne Gebauer sehr stark eingegrenzt. Die NRW-Koalition aus CDU und FDP will die Qualität an den Grundschulen sichern, damit sie weiterhin leistungsstark bleiben, unsere Schülerinnen und Schüler individuell fördern können und gleichzeitig ein vielfältiger Sozialraum für Schülerinnen und Schüler und ihre Familien sind. Sie legen bei allen Schülerinnen und Schülern wichtige Grundlagen für ihre weitere Schullaufbahn.

In unserem vielfältigen Schulsystem steht jedes einzelne Kind mit seinen Fähigkeiten, Talenten und Neigungen im Vordergrund. Die unterschiedlichen Schulformen sind Chance und Bereicherung für unser Land und bieten vielfältige Chancen für die Förderung der individuellen Talente nordrhein-westfälischer Schülerinnen und Schüler.

In Nordrhein-Westfalen werden hochwertige mittlere Schulabschlüsse vergeben, die bestmöglich auf eine berufliche Ausbildung vorbereiten. Die NRW-Koalition hat zum Ziel, die Haupt-, Real- und Sekundarschulen weiterhin mit mehr Personal und zeitgemäßer Ausstattung zu stärken. Gleichzeitig muss es auch gelingen, die gesellschaftliche Anerkennung beruflicher Bildung zu verbessern. Dabei helfen vielfältige praktische Einblicke und Erfahrungen in der Berufsorientierung. Für Realschülerinnen und Realschüler hat die NRW-Koalition auch bereits den Weg in den Polizeiberuf ermöglicht. Jetzt müssen weiterhin Hürden abgebaut und junge Menschen für berufliche Bildungsgänge gewonnen werden. Um die berufliche Bildung und damit gerade auch die Berufskollegs zu stärken, wurde daher eine umfassende Agenda zur Stärkung der Beruflichen Bildung auf den Weg gebracht.

Bildung steht für die NRW-Koalition immer auch im direkten Zusammenhang mit dem Erlernen von Eigenverantwortung. Sie bereitet vor auf das spätere eigenständige private wie berufliche Leben. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler mit den nötigen Kompetenzen auszustatten, um die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Gesellschaft verantwortungsbewusst mitzugestalten. Als NRW-Koalition aus CDU und FDP haben wir neben der deutlichen Ausweitung des verbindlichen Informatikunterrichts daher die ökonomische Bildung mit dem Schulfach Wirtschaft in der Sekundarstufe I gestärkt. Das Fach ist gleichermaßen bei Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern beliebt. Es ist eine der wichtigen Errungenschaften, dass Schülerinnen und Schüler nach der 10. Klasse ihr Leben selbst in die Hand nehmen können, weil in der Schule praxisnahe Inhalte vermittelt werden.

Die NRW-Koalition hält daran fest, dass die Schülerinnen und Schüler im Rahmen klarer Strukturen und Regeln Leistungsfeedback in Form von Zensuren erhalten. Das Wiederholen einer Klasse oder den Schulwechsel nach der Orientierungsstufe wird nicht als Tadel oder Bestrafung erachtet. Wir wollen auch weiter darauf hinwirken, unsere Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben vorzubereiten und Anreize für die Auseinandersetzung mit persönlichen Stärken und Schwächen sowie der eigenen Weiterentwicklung setzen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

Wir erleben jeden Tag hochengagierte Lehrkräfte, die sich den vielfältigen Herausforderungen an unseren Schulen stellen. Ihnen und allen weiteren in den Schulen tätigen Personen gilt unser großer Dank und unsere Anerkennung. Die Schulen in Nordrhein-Westfalen brauchen jetzt die konsequente Fortsetzung der in den zurückliegenden fünf Jahren geleisteten Kraftanstrengungen. Die NRW-Koalition aus CDU und FDP will ihnen Zeit, Raum und mehr Gestaltungsfreiheiten geben, nach Corona anzukommen und aufzuholen. Unsere Schulen brauchen den nötigen Raum, um ihre Potenziale zu entfalten und Schülerinnen und Schüler ihren Bedürfnissen entsprechend zu fördern. Aus bereiten Mitteln wollen wir angestoßene Fortschritte weiter vorantreiben und mehr Personal und vielfältige Professionen für die Schulen gewinnen. Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, gute Abschlüsse zu machen und bestmöglich auf ein selbstbestimmtes Leben und Arbeiten vorbereitet zu sein. Um sie darin nach Kräften zu unterstützen, sorgen wir für Stabilität, Planungssicherheit und Gestaltungsfreiheit an unseren Schulen.

Bodo Löttgen	Christof Rasche
Matthias Kerkhoff	Henning Höne
Petra Vogt	Franziska Müller-Rech
Claudia Schlottmann	Martina Hannen
Kirstin Korte	
und Fraktion	und Fraktion